

Familienpolitischer Fragebogen zu den Landtagswahlen 2026

Anlässlich der fünf Landtagswahlen 2026 hat DemoFürAlle den folgenden Fragebogen mit einer Auswahl an Fragen zu familien- und bildungspolitischen Themen zusammengestellt, den Sie zu Infoständen, Sprechstunden und Bürgerdialogen mitnehmen können, um Ihre Kandidaten befragen und eine Wahlentscheidung für die Familie treffen zu können. Die Vorbemerkungen dienen Ihnen zur Orientierung und Einordnung der darauffolgenden Frage.

1) Sexualpädagogik in Kitas und Schulen

In vielen Kitas und Schulen werden Konzepte der sogenannten „Sexuellen Bildung“ umgesetzt, die auf der Kentler-Sielert-Schule basieren. Teilweise werden Kinder zu „Doktorspielen“ oder „Körpererkundungen“ ermutigt und es werden dafür eigene Rückzugsräume eingerichtet. Dies hat fatale Folgen. Zum Beispiel wurden in Nordrhein-Westfalen in der ersten Jahreshälfte 2024 mehr sexuelle Übergriffe unter Kindern registriert als im gesamten Jahr 2022. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, ob die heute gängigen sexualpädagogische Konzepte kindliche Schamgrenzen verwischen und übergriffiges Verhalten befördern.

Werden Sie sich dafür einsetzen, die sexualpädagogischen Konzepte der Kentler-Sielert-Schule aus Bildungs- und Rahmenplänen Ihres Bundeslandes zu entfernen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

2) Finanzierung von LSBT-Projekten an Schulen

Programme wie „Schule der Vielfalt“ verfolgen das Ziel, LSBT-Themen als Querschnittsaufgabe im Unterricht zu verankern. Dafür erhalten Trägervereine teilweise erhebliche Landesmittel im sechsstelligen Bereich. Die staatliche Förderung solcher Initiativen verletzt das Neutralitätsgebot des Staates sowie das elterliche Erziehungsrecht. Schulen müssen Orte der Bildung und nicht politischer und ideologischer Kampagnen sein.

Werden Sie sich für ein Ende der staatlichen Finanzierung der "Schule der Vielfalt" und ähnlicher Projekte in Ihrem Bundesland einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

3) Selbstbestimmungsgesetz

Das Selbstbestimmungsgesetz ermöglicht es Bürgern, ihren Geschlechtseintrag einmal jährlich durch einfache Erklärung beim Standesamt zu ändern. Eine fachliche Begutachtung ist nicht mehr erforderlich. Dadurch wird der rechtliche Geschlechtsbegriff von objektiven Kriterien gelöst und allein an eine subjektive Erklärung gebunden. Diese Regelung kann Auswirkungen auf Frauenschutzräume, Elternrecht und die freie Meinungsäußerung haben, insbesondere im Zusammenhang mit dem sogenannten Offenbarungsverbot. Die CDU/CSU hat in ihrem Programm zur letzten Bundestagswahl versprochen, das Gesetz rückgängig zu machen, aber bisher dieses Versprechen nicht eingelöst.

Werden Sie sich für eine Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes auf Bundesebene einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

4) Pubertätsblocker und trans-medizinische Maßnahmen

Pubertätsblocker werden bei Minderjährigen eingesetzt, um die körperliche Entwicklung zu unterbrechen und die Einnahme von gegengeschlechtlichen Hormonen sowie operative Eingriffe vorzubereiten. Die Anwendung erfolgt außerhalb der ursprünglichen arzneimittelrechtlichen Zulassung. Es bestehen erhebliche Gefahren hinsichtlich der Langzeitfolgen, insbesondere für Knochenentwicklung, Fruchtbarkeit und psychische Stabilität. Mehrere europäische Länder haben diese Behandlungen inzwischen stark eingeschränkt oder ausgesetzt.

Werden Sie sich für ein Verbot von Pubertätsblockern und weiteren trans-medizinischen Eingriffen bei Minderjährigen einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

5) „Sexuelle Identität“ im Grundgesetz

Die politische Linke will den Begriff „sexuelle Identität“ in Artikel 3 des Grundgesetzes aufnehmen. Der Begriff ist juristisch nicht eindeutig definiert und eröffnet weiten Interpretationsspielraum. Auch Menschen mit Neigungen, deren Ausübung strafbar ist, z.B. Pädophilie, Zoophilie oder Inzest, könnten auf dieser Basis besondere Rechte einklagen. Verfassungsänderungen sind dauerhaft und prägen die Rechtsordnung langfristig. Hier muss man besonders zurückhaltend sein.

Werden Sie sich gegen die Aufnahme von „sexueller Identität“ in Artikel 3 GG einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

6) Leihmutterschaft

Leihmutterschaft ist in Deutschland derzeit verboten. International existiert jedoch ein riesiger globaler Markt, bei dem Frauen gegen Bezahlung Kinder austragen. Dabei werden teils erhebliche Summen gezahlt, insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Ländern. Frauen werden ausgebeutet und Kinder zur Ware degradiert. Immer mehr Staaten schränken daher die Leihmutterschaft ein oder verbieten sie ganz. In Deutschland gibt es jedoch immer mehr Stimmen, die auf eine Legalisierung drängen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Verbot der Leihmutterschaft auf Bundesebene bestehen bleibt?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

7) Familienrechtsreform

Seit Jahren will die politische Linke das Familien- und Abstammungsrecht neu fassen und dabei fiktive Rechtsinstitute wie „Mitmutterschaft“, „Mehrelternschaft“ oder „Verantwortungsgemeinschaft“ einführen. Diese Modelle würden rechtlich von der biologischen Elternschaft abweichen und zusätzliche Sorgeberechtigte ermöglichen. Dadurch würde das bisherige Abstammungsrecht grundlegend verändert. Solche Reformen hätten erhebliche Auswirkungen auf Unterhalts-, Erb- und Sorgerechtsregelungen. Leidtragende wären vor allem die Kinder.

Werden Sie sich gegen eine solche Neufassung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

8) Bildungspflicht statt Schulpflicht

Deutschland kennt eine strikte Schulpflicht, die Heimunterricht grundsätzlich ausschließt. In den meisten anderen europäischen Ländern, wie zum Beispiel in Österreich, besteht eine Bildungspflicht, die Heimunterricht grundsätzlich zulässt. Viele internationale Studien betonen die positiven Auswirkungen auf Sozialverhalten, Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsabschlüssen. Zudem würde eine Bildungspflicht dem grundgesetzlichen Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder entsprechen.

Werden Sie sich für eine Reform hin zu einer Bildungspflicht mit Zulassung von Heimunterricht in Ihrem Bundesland einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

9) Erziehungs- und Betreuungsgeld

Die Politik setzt nur darauf, institutionelle frühkindliche Betreuung in Krippen und Kitas zu fördern. Direktleistungen an Eltern für häusliche Betreuung werden dabei in der Regel ignoriert oder gezielt bekämpft. Diese Schwerpunktsetzung beschränkt die tatsächliche Wahlfreiheit von Familien. Eine finanzielle Anerkennung häuslicher Erziehungsleistung würde die Freiheit der Familie und das Erziehungsrecht der Eltern stärken.

Werden Sie sich für ein Erziehungs- oder Betreuungsgeld in Ihrem Bundesland einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

10) Smartphone-Verbot an Schulen

Studien weisen auf Risiken intensiver Smartphone-Nutzung bei Kindern und Jugendlichen hin, darunter Konzentrationsprobleme, Suchtverhalten, Cybermobbing und frühzeitiger Kontakt mit pornografischen Inhalten. Mehrere Länder haben bereits Schulverbote für Smartphones während des Unterrichts eingeführt.

Werden Sie sich für ein Smartphone-Verbot an Schulen in Ihrem Bundesland einsetzen?

ja nein weder noch

Bemerkung: _____

